

Protestumzüge und Straßenschlachten gehören zum Vorstellungskanon der 60er Jahre. Daß es in den 50er Jahren ähnliche Szenen gegeben hat, ist heute kaum mehr bewußt; zu sehr bestimmt die Vorstellung vom großen Konsens unser Bild der Wirtschaftswunderjahre. Dabei standen die Auseinandersetzungen um die 40-Stunden-Woche den späteren Studentenunruhen an Heftigkeit kaum nach, so etwa an jenem Samstagnachmittag, dem 27. März 1954, in München: Der Kreisausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hat an diesem Tag zusammen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) eine Demonstration für den generellen samstäglichen 14-Uhr-Ladenschluß angesetzt. Schon gegen 13.30 Uhr sind in der Innenstadt Tausende versammelt. Der Zug soll sich durch Münchens Haupteinkaufszeile (Neuhauser und Kaufingerstraße) bis zum Jakobsplatz bewegen und dort mit der Ansprache eines Gewerkschaftsfunktionärs enden.

Plötzlich verläutet, die Demonstration sei abgesagt: das Verwaltungsgericht habe unter Hinweis

## „Samstags

Die 40-Stunden-Woche war eine der Hauptforderungen der

Gewerkschaften in den 50er Jahren – dabei ging es mitunter hart zur Sache: In München kam es im März 1954 gar zum „Ladenschlußkrieg“ zwischen Demonstranten und Polizei.

auf die Straßenverkehrsordnung in letzter Minute die Benutzung der Kaufinger- und der Neuhauser Straße verboten. Gerade von dieser Route, vorbei an den großen, noch geöffneten Ladengeschäften, hatte sich der DGB aber den besonderen Effekt der Veranstaltung versprochen.

Schließlich lassen Gewerkschaftsfunktionäre Flugblätter verteilen, in denen gegen den Beschluß des Verwaltungsgerichts Stellung genommen und eine Neuauflage der abgesagten Demonstration versprochen wird: „Wir werden uns mit Hunderttausenden wiedersehen!“ Verärgert rollt so mancher sein Transparent ein und geht nach Hause. Indessen stehen noch ganze Gruppen enttäuschter, demonstrierwilliger Männer eine halbe Stunde später vor dem Kaufhaus C&A Brenninkmeyer, auf dessen Antrag, so wurde bekannt, der Beschluß des



## gehört Vati mir“

Verwaltungsgerichts erfolgte und das nun von Ordnungskräften besonders aufmerksam bewacht wird. Zahlreiche Doppelposten der Polizei patrouillieren durch die Straße. Im vierten Stock des Kaufhauses hält sich sogar ein Sonderkommando der Polizei mit Gewehr im Anschlag bereit. In einer Nebenstraße warten Mannschaften in drei Omnibussen, im Hof des Polizeipräsidiums berittene Einsatzkräfte.

Trotzdem gelingt es einer kleinen, mit Transparenten ausgerüsteten Gruppe von Jugendlichen, durch eine Seitenstraße in die Neuhauser Straße vorzudringen. Kurz bevor sie die Michaelskirche erreichen, treffen sie auf die Staatsgewalt; es kommt zu tumultartigen Szenen. Weitere Ordnungskräfte rücken vor; überforderte Polizisten schlagen mit ihren Gewehrkolben und Gummi-



Schon 1953 gab es in München Demonstrationen für einen früheren Ladenschluß am Samstag (links). Im März 1954 kam es dann gar zu Tumulten, als Demonstranten von der Polizei gewaltsam auseinandergetrieben wurden. Selbst unbeteiligte Passanten wurden dabei von berittenen Beamten an die Hauswände gedrückt (unten).

SV BILDERDIENST

knüppeln zu. Als gar noch berittene Beamte in die Menge sprengen und unbeteiligte Passanten an die Hauswände drücken, geht die Fensterscheibe eines Kaufhauses zu Bruch. Die Menge jöhlt und pfeift. Wie zum Hohn ruft auf der fast geräumten Straße ein Losverkäufer: „Kauft Lose. Kauft Lose!“

Doch die Ordnungsmacht gewinnt schnell die Oberhand: Seitenstraßen werden abgeriegelt, die Neuhauser und die Kaufingerstraße durch 600 uniformierte Beamte und 150 Kripobeamtet vollständig geräumt. Die Bilanz: eine Reihe von Leichtverletzten, 55 Personen werden wegen „strafbarer Handlungen und Störung einer Amtshandlung“ vorläufig festgenommen.

Die Münchner Ereignisse sorgten bundesweit für Aufsehen. Die Gewerkschaftsführung sprach von „geradezu ungeheuerlichen Fällen von Machtmißbrauch“, und die Gewerkschaftszeitung „Welt der Arbeit“ befand: „Jetzt geht es um das Demonstrationsrecht!“ In den folgenden Tagen drohte der Konflikt gar zu eskalieren, als die Arbeitsgemeinschaft der Münchner Groß- und Mittelbetriebe beschloß, „aus Konkurrenzgründen“ fortan an allen

Samstagnachmittagen die Geschäfte offenzuhalten. Daß die Ereignisse trotz der Zurückhaltung der Gewerkschaften einen „schiefen Verlauf“ genommen hätten, befand jedoch nicht nur DGB-Chef Walter Freitag. Auch im Polizeipräsidium wurde über Möglichkeiten nachgedacht, wie man in Zukunft geschickter und besonnener vorgehen könnte.

Dabei entsprach der eigentliche Anlaß der Demonstration – für die Angestellten des Einzelhandels eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu erkämpfen – einer alten Forderung der Gewerkschaft. Schon 1931 war eine DGB-Studie zu dem Schluß gekommen, daß „die Not der gegenwärtigen Zeit, die Massenarbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise die Gewerkschaften dazu zwingt, für die Arbeitszeitverkürzung, die 40-Stunden-

Woche, ihre ganze Kraft einzusetzen.“ Im Mai-Aufruf des Jahres 1952 wurde diese Forderung, unter wirtschaftspolitisch ganz anderen Voraussetzungen, von neuem erhoben und in der Folge auch von Einzelgewerkschaften, wenngleich zunächst erfolglos, in die Verhandlungen mit den Arbeitgeberern aufgenommen.

Nach der aus Gewerkschaftssicht verlorenen Bundestagswahl vom Herbst 1953 bestand hinsichtlich des zukünftigen Kurses intern zunächst auch nicht unbedingt Einigkeit. So meinte IG-Metall-Chef Otto Brenner, man habe

jetzt die Rolle einer „außerparlamentarischen Kraft“ zu spielen, „nachdem bis auf weiteres der Weg versperrt ist, über den Bundestag lebenswichtige Forderungen der Arbeitnehmerschaft durchzusetzen“. Ihm ging es vor allem um die Verkürzung der fremdbestimmten Arbeits- und Lebenszeit breiter Bevölkerungskreise. So sollte gerade der freie Samstag „größere Möglichkeiten zur geistigen und körperlichen Entspannung bringen. Er wird Zeit schaffen für kulturelle, sportliche und politische Betätigung und nicht zuletzt zur Festigung des Familienlebens“. Darüber, daß solche Forderungen in die Öffentlichkeit getragen werden mußten, bestand kein Zweifel; es fragte sich nur, in welcher Form.

In dieser Hinsicht sollten sich die weiteren Ereignisse in München als stilbildend für die Streikkultur



ULLESTERN

